

VORABZUG

Beschlussempfehlung und Bericht^{*)}
des Ausschusses für Landesentwicklung und Wohnen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/10069 – zuzustimmen.

28.1.2026

Der Berichterstatter:

Friedrich Haag

Die Vorsitzende:

Christiane Staab

***) Der Bericht liegt noch nicht vor.**

Anlage

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 1
38. LaWoA/28.1.202 6**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben zur Errichtung, Erweiterung oder Modernisierung von Rettungswachen und Leitstellen des Rettungsdienstes.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Rettungswachen sind Teil der kritischen Daseinsvorsorge. Ihre schnelle Realisierung erhöht die Resilienz des Landes und ist in Krisenlagen (Großschadensereignisse, hybride Bedrohungen) unmittelbar sicherheitsrelevant.

Die Regelung überträgt den im Gesetzentwurf gewählten Beschleunigungsansatz auf den Rettungsdienst und ermöglicht damit zügige Planungs- und Bauentscheidungen, ohne bundes- oder europarechtliche Vorgaben zu berühren.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 2
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben an kritischer Straßeninfrastruktur, insbesondere für Ersatzneubau, Erneuerung oder Verstärkung von Brückenbauwerken sowie für die Beseitigung von Engpässen auf Bundes- und Landesstraßen.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Kritische Straßeninfrastruktur ist zentral für Mobilität, Wirtschaft und im Ernstfall für militärische Verlegfähigkeit. Gerade Brücken sind häufig limitierende Faktoren und müssen schneller ertüchtigt oder ersetzt werden.

Die Freistellung reduziert landesrechtliche Verfahrenshemmnisse und beschleunigt die bauliche Umsetzung, während EU- und Bundesrecht weiterhin gilt.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 3
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben zur Errichtung, Erweiterung oder Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Bei Schulen und Kitas bestehen vielerorts erhebliche Sanierungs- und Ausbau-Defizite. Verzögerungen treffen Familien unmittelbar und schwächen die Attraktivität des Standorts.

Wenn das Land für verteidigungsrelevante Bauvorhaben eine weitgehende Freistellung vorsieht, ist es folgerichtig, auch für zentralen Bildungs- und Betreuungsbau wirksame Beschleunigung zu ermöglichen. Denn Kommunen sind mittlerweile oftmals überfordert mit der Bildungsinfrastruktur. Eine Freistellung würde Kosten und Zeit sparen und einen Booster für die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg bedeuten.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 4
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben von Unternehmen der wehrrelevanten Industrie, soweit die Vorhaben unmittelbar der Herstellung, Instandsetzung oder Lagerung von Verteidigungsgütern dienen.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Verteidigungsfähigkeit hängt nicht nur von Kasernen und Liegenschaften ab, sondern auch von Produktions- und Instandsetzungskapazitäten der wehrrelevanten Industrie. In der Anhörung wurde angeregt, die Erleichterungen auch auf Unternehmen der wehrrelevanten Industrie auszudehnen. Die Aufnahme schafft Rechtsklarheit und beschleunigt Kapazitätsaufbau.

Außerdem würde so die Möglichkeit geschaffen, dass Baden-Württemberg eine führende Rolle in der Rüstungsindustrie einnehmen könnte.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 5
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben zur Errichtung, Erweiterung oder Modernisierung von Feuerwehrräumen und Katastrophenschutz-Liegenschaften.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Feuerwehr und Katastrophenschutz sind Kernbestandteile des Bevölkerungsschutzes. Gebäudezustand und Standortfragen sind häufig entscheidend für die Hilfsfrist und Einsatzfähigkeit. Eine Planung, Umbau, Sanierung oder Neubau sind schnell überfordernd für Kommunen. Die weitgehende Freistellung leistet einen Beitrag, um notwendige Rettungsinfrastruktur schneller zu ermöglichen und Prozesse bürokratieärmer zu gestalten.

Die vorgeschlagene Regelung ermöglicht schnellere Umsetzung und stärkt die Krisenresilienz, ohne Anforderungen aus EU- oder Bundesrecht aufzuheben.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 6
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

§ 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Bauvorhaben des Wohnungsbaus in Gemeinden, die durch Rechtsverordnung des Landes als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt bestimmt sind.“

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

In angespannten Wohnungsmärkten braucht es schneller mehr Angebot. Lange Genehmigungs- und Abstimmungsprozesse verschärfen Knappheit und treiben Mieten.

Auch in der Verbändeanhörung wurde angeregt, die Bereitschaft zu Freistellungen auf den Wohnungsbau zu übertragen. Die Freistellung schafft einen klaren, begrenzten Anwendungsfall und macht die ohnehin wirkungslose Mietpreisbremse obsolet.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 7
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

In § 1 Absatz 1 werden nach dem Wort „Landesverteidigung“ die Worte „oder der zivil-militärischen Zusammenarbeit“ eingefügt.

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Zivilmilitärische Zusammenarbeit (z. B. gemeinsame Logistik, Versorgung, Schutzinfrastruktur) ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtverteidigung und muss rechtssicher mitumfasst sein.

In der Anhörung wurde ausdrücklich angeregt, zivile Infrastrukturprojekte zu privilegieren, sofern sie der Landesverteidigung oder zivil-militärischen Zusammenarbeit dienen. Die Ergänzung setzt das um und bleibt in der Systematik des § 1.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 8
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

in § 1 Absatz 1 werden nach dem Wort „Bauvorhaben“ die Wörter „und Infrastrukturvorhaben“ eingefügt.

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Der Begriff „Bauvorhaben“ kann im Einzelfall zu Auslegungs- und Abgrenzungsfragen führen, insbesondere bei Vorhaben, die nicht primär Gebäude betreffen (z. B. Übungsplätze, flächenbezogene Anlagen, Netzinfrastruktur).

Auch in der Anhörung wurde angeregt, den Anwendungsbereich auf alle Infrastrukturvorhaben, die der Landesverteidigung dienen, auszuweiten. Die Änderung schafft Klarheit und vermeidet Streit über den Projektzuschnitt.

**Landtag von Baden-Württemberg
17. Wahlperiode**

**Nr. 9
38. LaWoA/28.1.2026**

Änderungsantrag

der Abg. Dr. Erik Schweickert u. a. FDP/DVP

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/10069**

Gesetz zur Förderung von Bauvorhaben der Bundeswehr (BwBauFöG)

Der Landtag wolle beschließen,

die Überschrift des Gesetzentwurfs wird wie folgt gefasst:

„Gesetz zur Förderung von Vorhaben der Landesverteidigung (LvFöG)“.

28.1.2026

Dr. Schweickert, Haag, Dr. Jung FDP/DVP

Begründung

Der Gesetzentwurf stellt in § 1 bereits auf Vorhaben ab, die der Landesverteidigung dienen. Die Überschrift „... der Bundeswehr“ ist damit enger als der eigentliche Regelungsanspruch und kann missverständlich sein.

In der Anhörung wurde angeregt, Titel und Inhalt auf „Vorhaben der Landesverteidigung“ umzustellen. Die Anpassung erhöht Normklarheit und passt die Bezeichnung an den materiellen Anwendungsbereich an.